Freie Demokraten
Landtagsfraktion Baden-Württemberg FDP

Wir brauchen weniger und mehr Europa: Ein Neustart

Die **Europäische Union (EU) steht unter großem Druck** – politisch, wirtschaftlich und institutionell. Im Jahr 2007 wurde mit dem Vertrag von Lissabon das letzte große Reformwerk der Europäischen Union unterzeichnet. Seitdem ist der Anteil der EU am Welt-Bruttoinlandsprodukt von knapp 31 % im Jahr 2007 auf 16,9 % im Jahr 2024 gefallen. Gleichzeitig mit dieser **Nahezu-Halbierung wirtschaftlichen Gewichts** fand in fast allen größeren Mitgliedsländern der EU mindestens eine **Verdopplung der Stimmenanteile rechtsextremer und/oder europafeindlicher Parteien** statt.

Unsere Sorge ist: Die Europäische Union – das **größte Friedensprojekt der Menschheitsgeschichte** – steht vor dem Aus, wenn wir nicht dort, wo es notwendig ist, mehr Europa wagen, die **EU stärker und resilienter** machen und dort, wo es nicht notwendig oder sogar hinderlich ist, die Kettensäge anlegen. Nur so lässt sich die EU und ihre Grundidee wieder mit Leben füllen, statt sie der Abschaffung durch Relevanzverlust und Extremisten preiszugeben.

I. Bürokratie

Niemand Seriöses bestreitet die Sinnhaftigkeit der Abkehr von fossilen Energieträgern oder die Wichtigkeit des Erhalts intakter Lebensgrundlagen. Aus dem Blick geraten sind aber insbesondere der **Von-der-Leyen-Kommission** die Maßstäbe für Verhältnismäßigkeit, die **Negativwirkungen für die Wirtschaft** sowie die Mitnahme der Bevölkerung. Die österreichische Wirtschaftskammer hat zum Jahresbeginn 2019 rund 12.900 EU-Rechtsakte gezählt, zum Jahresende 2024 dann 25.964. Diese Entwicklung zeigt, dass der **Regulierungsaufbau seit 2019** aus dem Ruder gelaufen ist. Deshalb ist auch das der Punkt, an dem am Vehementesten eingegriffen werden muss. Wir fordern:

» Auf dem im Oktober diesen Jahres von 19 europäischen Regierungschefs für Februar 2026 geforderten Sondergipfel zur Wettbewerbsfähigkeit Europas soll der Kommission von den Regierungschefs zunächst mitgeteilt werden, dass weder das Tempo, noch die Ambition der Kommission hinsichtlich des Bürokratieabbaus und der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit ausreichend sind und die nationalen Regierungen deshalb zunächst die **vollständige Aussetzung nicht gesundheits- oder sicherheitsrelevanter Berichtspflichten**, die auf Europarecht beruhen, in den Nationalstaaten anweisen werden – unter bewusster Inkaufnahme von Vertragsverletzungsverfahren **als Akt demokratischer Notwehr**, bis die Kommission weitreichende Entlastungen sowie komplette Streichungen vorschlägt.

» Als weiteres Ziel des Gipfels ist eine Übereinkunft mit größtmöglicher qualifizierter Mehrheit zu erreichen, die der Kommission mitteilt, dass es künftig im Rat **nur dann eine Mehrheit für jedweden Rechtsakt** gibt, wenn daran die ersatzlose **Streichung zweier anderer Rechtsakte** gekoppelt ist.

» Als weiteres Ziel des Gipfels zu vereinbaren, dass alle regulatorisch einschränkenden und nicht technologieoffenen **Maßnahmen des Green Deals** (insbesondere das Verbrennerverbot sowie die Flottengrenzwerte im Automobilsektor) **zurückgenommen** werden, so dass der **Emissionshandel** zum **zentralen Instrument der Treibhausgasreduktion** wird.

» Die Verabredung eines klaren Fahrplans für eine grundlegende **EU-Reform**, der die akuten **wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Herausforderungen** endlich in den **Mittelpunkt** stellt.

» **Beim Thema Bürokratie muss die EU wieder auf null gesetzt werden und neu anfangen. In diesem Sinne bedarf es eines neuen Vertrags von Lissabon. Um diesen zu erzwingen, müssen die Nationalstaaten im Komitologieverfahren einstweilen alle neuen Kommissionsverordnungen blockieren und bestehende im Wege einer „demokratischen Notwehr" national nicht mehr ausführen bzw. kontrollieren.**

Nach einem neu zu verhandelnden Vertrag von Lissabon dürfen folgende Regularien auf keinen Fall mehr gelten:

» Technologieverbote im Verkehrssektor wie **CO_2-Flottengrenzwerte** und das daraus folgende faktische **Verbrennerverbot ab 2035** (Verordnung (EU) 2019/631 + 2023/851 / Verordnung (EU) 2019/1242 + 2024/1610);

» Praxisferne **EU-Lieferketten-Sorgfaltspflichten**, mit unverhältnismäßiger Haftungs- und Dokumentationslast für Unternehmen (CSDDD: Richtlinie (EU) 2024/1760);

» Mittelstandsfeindliche **Nachhaltigkeitsberichterstattungspflichten** (CSRD/ESRS: Richtlinie (EU) 2022/2464; Delegierte Verordnung (EU) 2023/2772);

» **Bürokratische Vorgaben im Zuge des Green Deals (Mittelung COM (2019) 640 final)**, etwa:

› Praxisferne Renovierungsquoten nach der **EU-Gebäuderichtlinie** (Richtlinie (EU) 2024/1275),
› die **Energieeffizienz-Richtlinie** (Richtlinie (EU) 2023/1791),
› die **Taxonomie-Verordnung** (Verordnung (EU) 2020/852),
› die **Ökodesign-Verordnung** (Verordnung (EU)2024/1781)
› die **Industrieemissionsrichtlinie** (Richtlinie (EU 2024/1785);

» Grundrechtsgefährdende Zensurmechanismen wie **Uploadfilter** (Richtlinie (EU) 2019/790 – DSM-Richtlinie);

» Die **Entwaldungsverordnung**, die Handwerksbetriebe mit Nummernketten- und Nachweisbürokratie überfordert (Verordnung (EU) 2023/1115);

» Das **EU-Renaturierungsgesetz**, das Land- und Forstwirtschaft durch Eingriffe in Nutzung und Eigentum überfordert (Verordnung (EU) 2024/1991);

» Marktwirtschaftsfeindliche Vorgaben der Delegierten Verordnung (EU) 2023/1184, welche die **Wasserstofferzeugung** unwirtschaftlich machen, weil sie durch das **Additionalitätskriterium** den Strombezug für Wasserstoff weitgehend an neue bzw. zusätzliche erneuerbare Energien koppeln und damit den Einsatz bestehender EE-Kapazitäten nur eingeschränkt anrechenbar machen;

» Realitätsferne Mehrwegquoten der **EU-Verpackungsverordnung**, die Unternehmen belasten und Lieferketten stören (Verordnung (EU) 2025/40);

» Strangulierende Vorgaben für das Inverkehrbringen von **Medizinprodukten**, die Innovationen erschweren und die Produktverfügbarkeit verschlechtern (Verordnung (EU) 2017/745 – MDR; Verordnung (EU) 2017/746 – IVDR).

Wir lehnen ab:

» Planungen für **Chatkontrollen** als Einstieg in anlasslose digitale Massenüberwachung;

» Überlegungen der Kommission zur Schaffung eines **europäischen Geheimdienstes**.

II. Resilienz und Freihandel

Wir brauchen in Europa **mehr Wehrhaftigkeit, Resilienz, Markt, Handel und außenpolitische Agilität**, um einerseits die sich verstärkenden Angriffe und Attacken in einer auf Stärke ausgerichteten multipolaren Weltordnung besser abwehren zu können, andererseits wirtschaftliche und politische Stabilität zu erhalten und wiederherzustellen, um auch bei der Bevölkerung wieder mehr Akzeptanz zu erhalten. Deshalb fordern wir:

» eine erheblich bessere **Verzahnung der Verteidigungs-Fähigkeiten** der Mitgliedsstaaten, um Ineffizienzen zu reduzieren; Ziel muss auch der Aufbau einer **europäischen Armee** sein und das Beschaffungswesen in europäischem Maßstab zu denken, um Kosten zu senken.

» die **Aufhebung des Einstimmigkeitsprinzips** zu Gunsten von Mehrheitsentscheidungen in der GASP, um agiler zu werden und Erpressungsmöglichkeiten zu tilgen.

» die rasche Vollendung des **Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS)**, insbesondere des Aufbaus der Mechanismen und Asylzentren an den Außengrenzen sowie der massive **Ausbau von Frontex** inklusive der Übernahme der Seenotrettung; weder soll jemand ertrinken, noch illegal in die EU eindringen.

» wo noch nicht geschehen, den Abbau nationaler Hürden sowie die größtmögliche **Finalisierung des Binnenmarkts**, insbesondere im Energiesektor, den Ausbau von **Partnerschaften mit Nordafrika**, besonders in den Bereichen Energie und Migration (Reduktion irregulärer Migration gegen bessere Erwerbsmigration und Handel).

» den **Aufbau einer Weltfreihandelszone** der liberalen Demokratien, beginnend mit dem Abschluss des Mercosur-Abkommens und der größtmöglichen Einbindung Kanadas sowie Gespräche mit der weltgrößten Freihandelszone RCEP zum Abbau von Handelshemmnissen.

» Den verstärkten **Aufbau EU-eigener sicherheits- und versorgungsrelevanter Systeme** insbesondere in den Bereichen kritischer Infrastruktur sowie dort, wo erhebliche Schäden bei der Unterbrechung von Lieferketten entstehen können (Energie, kritische Rohstoffe, (Cyber-)Sicherheit)

» **Auch für die Themen Resilienz und Freihandel braucht es im Sinne des Vertrags von Lissabon einen Neuanfang.**

III.

Sollten die Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten nicht die Kraft zu einem derartigen vertraglichen Neuanfang finden, so ist die unausweichliche Alternative, dass sukzessive in immer mehr Mitgliedsstaaten europafeindliche Populisten an die Macht gewählt werden. Mit deren gezielter Fokussierung auf die negativen Auswüchse des Bürokratiewahns aus Brüssel würden sie die europäische Idee und damit das größte Friedensprojekt der Menschheitsgeschichte zertrümmern.

Sie haben Fragen oder Anregungen? Wir sind für Sie da.

Dr. Hans-Ulrich Rülke MdL
Fraktionsvorsitzender
T: 0711 2063-9001
hans-ulrich.ruelke@fdp.landtag-bw.de